

Buchbesprechungen

Karl FILSER (Bearb.), Berichte schwäbischer Regierungspräsidenten aus den Jahren 1921 bis 1923 (Veröffentlichungen der schwäbischen Forschungsgemeinschaft XII/3) Augsburg 2015, XII + 372 S., Tab., ISBN 978-3-95786-040-8, 29,80 €

Mit der hier anzuzeigenden Quellenedition der Berichte schwäbischer Regierungspräsidenten aus den Jahren 1921 bis 1923 setzt Karl Filser die Reihe unter Mitarbeit von Waltraud Mayerhauser und Angela Schlenkrich fort und bietet mit detaillierten Einblicken in die schwäbische Regionalgeschichte auch neue Perspektiven auf den Hitlerputsch. Die »Halbmonatsberichte schwäbischer Regierungspräsidenten an das bayerische Staatsministerium des Innern« fassten die Vorberichte der schwäbischen Städte und Bezirke zusammen und informierten die Landesregierung offiziell und umfassend über den gesamten Regierungsbezirk. Der damaligen Ausprägung des Aktenzeitalters entsprechend sind die Akten heute als fortlaufende Regalmeter im Bayerischen Hauptstaatsarchiv unter den beiden Signaturen MA 102146 und MA 102147 zu finden.

Nach dem Vorwort, welches Einordnungen der edierten Berichte in die bayerische Landesgeschichte enthält (S. V f.), werden deren Unterzeichner, Paul Ritter von Praun, Michael Müller und Heinrich Graf von Spreti, mit ihrer jeweiligen politischen Karriere vorgestellt (S. IX). Die Editionshinweise fallen knapp aus, weil alle Berichte in derselben Gliederung verfasst und bis auf orthographische Aktualisierung und Vereinheitlichung ungekürzt übernommen wurden (S. XI f.). In die eigentliche Edition wurden Fußnoten zu erwähnten Personen und Begebenheiten eingearbeitet, so dass Zusammenhänge zwischen Ereignissen in Schwaben, Bayern und der frühen Weimarer Republik deutlich werden. Im Anhang findet sich neben den obligatorischen Angaben ein Glossar v.a. mit Erläuterungen zu Begriffen der Nachkriegswirtschaft, so dass auch die ökonomischen Gegebenheiten der Weimarer Republik und Bayerns detailliert veranschaulicht und hochinteressant für wirtschaftsgeschichtliche Forschungen erschlossen werden können (S. 351–356). So fallen z.B. im ersten Bericht vom 5. Januar 1921 die Inflation als dringendstes Anliegen der Bevölkerung und der Einfluss der Siegermächte auf die Nachkriegswirtschaft in Schwaben auf, wenn der Bezirk Sonthofen die einheimische Textilindustrie durch verbilligte Importe aus dem Elsass gefährdet sieht und mit dem Friedensschluss von Amerika auf einen Konjunkturaufschwung hofft (S. I f.). Damit ergeben sich wirtschaftsgeschichtliche Verknüpfungen und Forschungsansätze auch von überregionaler Tragweite. Mit den Erkenntnismöglichkeiten über die Wirtschaftsgeschichte gehen solche über die Alltagsgeschichte einher. Die durch die prekäre Lage großer Bevölkerungsteile ohnehin angespannte Stimmung schlägt sich auch in Berichten zu Raubüberfällen und politischen Versammlungen nebst Prognosen für die Wahrscheinlichkeit politisch motivierter Unruhestiftungen wie dem vom 5. Januar 1922 nieder (S. 103 f.).

Der Bezug zu Hitlers Agitation in München ergibt sich durch die lückenlos aufgeführten Halbmonatsberichte, in welchen die nationalistischen Bewegungen immer mehr Platz einnehmen. So beansprucht der Punkt A.1.b) *Volksstimmung und Volksmeinung über die wichtigsten öffentlichen Angelegenheiten* die ersten vier des sechs Seiten umfassenden letzten enthaltenen Berichtes vom 23. Dezember 1923. Graf von Spreti bemüht sich hierin um eine differenzierte Sicht auf die politischen Vorgänge in München. Die Nationalsozialisten hatten sich, obwohl offiziell aufgelöst, als führende nationalistische Bewegung etablieren können. Spreti merkt dazu hellsichtig an, dass die NSDAP weder sozialistisch noch eine Arbeiterpartei, sondern rein auf Stimmenfang aus sei, um von München ausgehend eine

Diktatur über ganz Deutschland zu errichten. Dies sei aber durch die geschichtlichen und kulturellen Gegensätze von Preußen und Bayern von vornherein zum Scheitern verurteilt. Hitler habe putschen müssen, um die Erwartungen seiner Unterstützer befriedigen zu können. Mit der Niederschlagung des Putschversuchs vom 9. November sei die Gefahr allerdings noch nicht gebannt. Spredi identifiziert die klare Stellungnahme der höchsten Regierungsstellen gegen die gewaltbereiten Strömungen als konstituierende Notwendigkeit für die Stabilisierung des politischen Systems. Obwohl der Generalstaatskommissar hartes Vorgehen eingefordert hat, werde dieses nämlich durch Sympathisanten auch im gehobenen Staatsdienst vereitelt, was als offenes Geheimnis gelte. Zusätzlich wurde der Hitlerputsch durch rechtslastige Pressemeldungen als von einer großen Mehrheit der Bevölkerung befürwortet propagiert, womit sich wieder einige wenige Radikale zu Meinungsführern der Gesamtbevölkerung hatten aufschwingen wollen (S. 340–342).

Nach dieser aufschlussreichen Stellungnahme eines schwäbischen Regierungspräsidenten zu Vorgängen in der Landeshauptstadt präsentiert Spredi sogleich deren mögliche Ursachen und Wirkungen auf lokaler Ebene, indem er anschließend zur Tagesordnung übergeht und über die schwäbischen Bezirke berichtet. Gravierende Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit seien nicht zu vermerken; Diebstahl und Bettelei blieben auf gleichem Niveau. Passend zu seinen vorangestellten *Allgemeinen Ausführungen* bemerkt der Unterzeichner, dass der Generalstaatskommissar sowohl kommunistische wie rechtsradikale Flugblätter unterbinden wolle; die Polizei sei bei Augsburger Kommunisten bereits tätig geworden, bei der Gegenseite aber noch nicht. Die Einführung der Rentenmark erziele gemischte Ergebnisse: die Bevölkerung reagiere positiv auf Preisrückgänge, Industrie und Handel zögerten diese hinaus und Landwirte bemängelten hohe Steuern und Gewinnverlust. Innerhalb der Beamtenschaft herrsche Unruhe wegen geringer Gehälter und anstehender Verschlangung des Apparates. Trotz allgemeinem politischen Versammlungsverbot hielten Bauern und Parteien weiterhin solche ab (S. 342 f.).

Die nachfolgend im Bericht abgearbeiteten Aspekte liefern abermals konkrete Einblicke in die regionale Wirtschaft, den Arbeitsmarkt sowie staatliche Maßnahmen. Beherrschend bleibt die hohe Nachfrage nach der neuen, stabilen Währung. Konsumgüter wurden zwar fast wieder auf Vorkriegsniveau angeboten und nachgefragt, kosteten aber immer noch zu viel. Banken betrieben Wucher, so dass Betriebe nicht investieren konnten, und Lohnunterschiede sorgten für Unmut. Politische Instabilität und Knappheit wertbeständiger Zahlungsmittel wirkten sich naturgegeben besonders auf Im- und Exportgeschäfte nachteilig aus. Aufgrund der nicht vorhandenen Nachfrage nach Arbeitskräften stagnierte die Zahl der Erwerbslosen auf hohem Niveau. In dieser Situation werde – so wurde prognostiziert – die Kürzung der Erwerbslosenfürsorge dazu führen, dass noch mehr Menschen die Armenfürsorge in Anspruch nehmen werden müssen und somit nur eine verwaltungstechnische Verlagerung, aber keine Lösung des Problems erzielt werde (S. 344 f.). Insgesamt stellt die angezeigte Quellenedition eine unumgängliche minutiöse Chronik Bayerisch-Schwabens auf dem Weg zum Hitlerputsch dar. Abschließend verdeutlicht gerade dieser letzte Bericht abermals die allgemein bekannten Gründe, aus denen mit der Niederschlagung des Putsches nicht auch Hitlers politische Karriere endete.

Marc Holländer